

## **Geschäftsprüfungskommission**

### **Bericht**

Direktion:                   Geschäftsprüfungskommission  
Ressort:                    Oberaufsicht | Ergebnisprüfung | Datenschutzaufsicht  
Verfasser:                 Claudia Gerber  
Version:                   26. November 2020

---

## **Datenschutzbericht 2020**

---

### **1. Zur Datenschutzaufsicht in der Stadt Burgdorf**

Gemäss Art. 33 Abs. 1 des kantonalen Datenschutzgesetzes (KDSG)<sup>1</sup> bezeichnet jede Gemeinde im Kanton eine Aufsichtsstelle für den Datenschutz. Diese steht unter der Oberaufsicht der kantonalen Datenschutzaufsichtsstelle. Die Stadt Burgdorf hat durch Reglemente die Geschäftsprüfungskommission des Stadtrates (GPK) mit der Wahrnehmung dieser Aufgabe beauftragt (vgl. Art. 18 Abs. 2 Kommissionsreglement<sup>2</sup> und Art. 10 Datenschutzreglement<sup>3</sup>).

Die Datenschutzaufsicht ist eine eigenständige, im Wesentlichen vom kantonalen Recht geregelte Aufgabe der GPK. Diese hat die Datenschutzaufsichtsprozesse in ihrem GPK-Handbuch festgelegt. Darüber hinaus prüft die GPK im Rahmen ihrer jährlichen Verwaltungskontrolle bei einer der Direktionen der Stadtverwaltung auch den Datenschutz. Auf einzelne besondere Aufgaben der Aufsichtsstelle für den Datenschutz wird nachfolgend in den entsprechenden Kapiteln hingewiesen. Für ihre Datenschutzaufgaben (z.B. den Beizug externer Fachpersonen) verfügt die GPK über ein eigenes Budget.

Die GPK informiert den Stadtrat jährlich über ihre Tätigkeit als Aufsichtsstelle für Datenschutz (Art. 34 Abs. 1 lit. m KDSG; Art. 14 Abs. 2 DSR). Dazu dient der vorliegende Bericht, der im Internet veröffentlicht wird.

### **2. Register der Datensammlungen**

Jede Gemeinde im Kanton Bern muss ein öffentlich zugängliches, im Internet publiziertes Register der Datensammlungen führen, welches darüber Auskunft gibt, welche Sammlungen von Personendaten (IT-Datenbanken, Register, Adresslisten, Dossiers, etc.) in der Stadtverwaltung vorhanden sind (Art. 18 KDSG). Das Register enthält für jede Datensammlung Angaben über die Rechtsgrundlage, die verantwortlichen Behörden, den Zweck und die Mittel der Bearbeitung, Art und Umfang der bearbeiteten Personendaten, die Personendaten, die anderen Behörden oder privaten Personen regelmässig bekannt gegeben werden sowie die Empfänger und die ordentliche Aufbewahrungszeit der Personendaten. Verantwortlich dafür, dass ein aktuelles Register der Datensammlungen besteht, ist die Aufsichtsstelle (Art. 18 Abs. 1 KDSG), zuständig für den Aufbau und den Betrieb des Registers ist aber die Stadtverwaltung (Art. 4 DSR).

---

<sup>1</sup> Datenschutzgesetz (KDSG) vom 19. Februar 1986 (BSG 152.04)

<sup>2</sup> Kommissionsreglement vom 1. Februar 2003

<sup>3</sup> Datenschutzreglement (DSR) vom 20. September 2010

Die Register der Datensammlungen wurden erstellt und sind auf der Webseite der Stadt Burgdorf öffentlich zugänglich. Die Register wurden aber seit längerer Zeit nicht überarbeitet und sind daher nicht aktuell. Eine Überarbeitung ist dringend angezeigt.

### **3. Anfragen aus der Stadtverwaltung**

Das Sekretariat der Geschäftsprüfungskommission war im Berichtsjahr mit einigen Anfragen aus der Stadtverwaltung konfrontiert.

Bei einer Anfrage ging es um die Frage, ob das Kommunikationstool KLAPP in den Schulen der Stadt Burgdorf angewandt werden kann. Die Abklärungen haben gezeigt, dass die Software die Anforderungen an den Datenschutz grundsätzlich erfüllt, trotzdem wurde noch eine Vereinbarung abgeschlossen, um allfällige trotzdem vorhandene Risiken auszuschliessen.

Bei einer weiteren Frage ging es um eine Videoüberwachung auf privatem Grund. Videoüberwachungen auf privatem Grund unterstehen strengen Datenschutzbestimmungen. Die Erfassung von Daten kann insbesondere durch ein überwiegendes privates oder öffentliches Interesse oder die Zustimmung der betroffenen Personen legitimiert werden. Im vorliegenden Fall ging es darum, Diebstähle zu verhindern, was ein öffentliches Interesse darstellen könnte. Allerdings hat eine Videoüberwachung auch verhältnismässig zu sein und nur die absolut notwendigen Bilder zu erfassen. Vorliegend wären durch die Bilder auch Nachbarn, Lieferanten, Besucher etc. erfasst worden, was problematisch ist, wenn diese Personen nicht ihre Zustimmung zur Überwachung erteilt haben.

Bei den weiteren Anfragen handelt es sich nicht um Fälle von allgemeinem Interesse, so dass darauf verzichtet werden kann, diese im vorliegenden Bericht zu erwähnen.

### **4. Vorabkontrollen im IT-Bereich (Art. 17 KDSG)**

Beabsichtigt eine Behörde, Personendaten einer grösseren Anzahl von Personen elektronisch zu bearbeiten, unterbreitet sie die beabsichtigte Datenbearbeitung vor deren Beginn der Aufsichtsstelle zur Stellungnahme, wenn zweifelhaft ist, ob eine genügende Rechtsgrundlage besteht, besonders schützenswerte Personendaten bearbeitet werden, eine besondere Geheimhaltungspflicht besteht oder technische Mittel mit besonderen Risiken für die Rechte und Freiheiten der betroffenen Person eingesetzt werden (Art. 17a KDSG).

Die GPK hat im Berichtsjahr keine Vorabkontrolle durchgeführt.

### **5. Aufsichtsrechtliche Verfahren**

Bei der GPK gingen im Berichtsjahr keine aufsichtsrechtlichen Anzeigen (Beschwerden) von Bürgerinnen und Bürgern den Datenschutz betreffend ein.

### **6. Verfahren betreffend Videoüberwachung**

Wenn der Gemeinderat eine Videoüberwachung im öffentlichen Raum beabsichtigt, muss er das Zustimmungsgesuch, das er an die Kantonspolizei stellt, auch der Aufsichtsstelle zur Stellungnahme zukommen lassen (Art. 8 Abs. 1 DSR).

Im Berichtsjahr wurde die GPK nicht mit einem förmlichen Zustimmungsgesuch zur Videoüberwachung befasst.

## **7. Verfahren betreffend die Entbindung vom Amtsgeheimnis**

Für die Entbindung vom Amtsgeheimnis ist gemäss Art. 15 DSR zuständig:

- der Gemeinderat für seine Mitglieder und für das Personal der Stadtverwaltung;
- der Gemeinderat für Mitglieder von Kommissionen, mit Ausnahme von stadträtlichen Kommissionen;
- die Geschäftsprüfungskommission für ihre Mitglieder, ihre Sekretärin bzw. ihren Sekretär sowie die Mitglieder der stadträtlichen Kommissionen.

Der GPK wurde im Berichtsjahr kein Gesuch um Entbindung vom Amtsgeheimnis eingereicht.

### Geht an:

- die Mitglieder des Stadtrates (zur Information)
- die Präsidialabteilung zur Veröffentlichung im Internet
- die Datenschutzaufsichtsstelle des Kantons Bern